

Wahlperiode 2019/2020

03.07.2019

Antrag

**der Fraktionen der Unicorns - Undogmatische Liste und der Liste gegen
Antisemitismus (LIGA)**

„Resolution – gegen BDS und jeden Antisemitismus“ des fzs

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

1. Das Studierendenparlament tritt der „Resolution - gegen BDS und jeden Antisemitismus“ des fzs bei und unterzeichnet sie.
2. Gemeinsam und entschlossen wird das Studierendenparlament auf die Wahrung und Umsetzung der Resolution hinzuwirken
3. und sie aktiv in der alltäglichen politischen Arbeit berücksichtigen.

Hamburg, den 4. Juli 2019

gez. Silas Mederer

Begründung

Als verfasste Studierendenschaft stehen wir in besonderer Verantwortung für eine offene Gesellschaft bis hin zum marxistischen Imperativ, nach dem *„alle Verhältnisse umzuwerfen [sind], in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“* zu wirken. Oder anders aber in der Konsequenz gleich das Hamburger Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001: §102

Rechtsstellung, Aufgaben, Organe der VS¹: Abs 2 *Die Studierendenschaft hat die Aufgabe, die Interessen der Studierenden wahrzunehmen und bei der Verwirklichung von Zielen und Aufgaben der Hochschule mitzuwirken. Ihre Aufgabe ist es insbesondere, [...] 2. die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden sowie ihre Bereitschaft zum Einsatz für die Grund- und Menschenrechte sowie zur Toleranz auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu fördern, [...] 5. die geistigen und kulturellen Interessen der Studierenden zu unterstützen, 6. die Beziehungen [...] zu ausländischen Studierenden zu pflegen [...].*

Aus dieser Verantwortung und Beauftragung durch die Bürgerschaft der Stadt Hamburgs heraus verbietet es sich uns jemals mit einer Kampagne wie der BDS zusammenzuarbeiten oder deren Inhalte die in unsäglicher Weise den Staat Israel, den Staat der Juden, in seiner Existenz bedrohen, zu teilen. Wir werden an dieser unserer Universität keine Diskriminierung jüdischer oder israelischer² Studierender, Dozierender, Wissenschaftlicher oder aus sonstigen Gründen hier Seiender tolerieren und verpflichten uns über diesen Beschluss hinaus für die Existenz des Staates Israel - als Schutzraum der Jüdinnen* und Juden* in seinen selbst gewählten Grenzen einzustehen, sowie für die Freiheit der Jüdinnen* und Juden* ein selbstbestimmtes Leben zu leben, hier und auf der ganzen Welt.³

Eine Kritik des Staates Israel kann legitim und muss möglich sein⁴ – ein Angriff oder auch nur die Bedrohung jüdischer oder israelischer Mitmenschen, religiöser Einrichtungen und Institutionen ist es niemals! – darauf sollten wir uns einigen.

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf [Jüdinnen und Juden*] Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Individuen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.“*

Antisemitismusdefinition der IHRA (Botschaft des Staates Israel in Berlin, 2016)⁵

Hier die RESOLUTION - GEGEN BDS UND JEDEN ANTISEMITISMUS des fzs⁶ in Gänze:

1. Das Recht Israels, als jüdischer und demokratischer Staat in Sicherheit und Frieden zu existieren, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, deren Infragestellung wir nicht tolerieren. Israel hat das Recht sich zu verteidigen und von der Weltgemeinschaft fair und verhältnismäßig behandelt zu werden.
2. In Vergangenheit und Gegenwart diente Antisemitismus als ideologische Grundlage antidemokratischer Bündnisse. In Anerkennung dieser Tatsache stellen wir uns

¹ Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) vom 18. Juli 2001 letzte berücksichtigte Änderung: §§ 1, 4, 87 geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Mai 2018 (HmbGVBl. S. 200)

² Israeli sein heißt nicht zwangsläufig das Mensch jüdisch ist. (<https://www.jewishvirtuallibrary.org/latest-population-statistics-for-israel> Stand: 03. Juli 2019)

³ Da nicht alle Jüdinnen* und Juden* in Israel leben oder die Staatsbürger:innenschaft haben, aber dennoch von Antisemitismus und der BDS Kampagne bedroht sind.

⁴ sie sollte jedoch die Antisemitismusdefinition der IHRA und den 3D-Test beherzigen und damit: 1. Ohne Doppelstandards, 2. Eine Delegitimierung oder 3. Dämonisierung des Staates Israel auskommen, alles andere ist an antisemitisches Ressentiment.

⁵ <https://embassies.gov.il/berlin/NewsAndEvents/Pages/IHRA-einigt-sich-auf-Arbeitsdefinition-für-Antisemitismus.aspx> Stand 03. Juli 2019

⁶ <https://www.fzs.de/resolution-gegen-bds-und-jeden-antisemitismus/> Stand 03. Juli 2019

unterschiedslos gegen alle Feinde Israels, egal ob sie der politischen Linken, der politischen Rechten, der Mitte der Gesellschaft oder dem islamischen Spektrum zuzuordnen sind.

3. Die IHRA Antisemitismusdefinition, welche auch die Bundesregierung verabschiedet hat, bietet eine klare Grundlage zur Identifikation von Judenhass und ein wichtiges Werkzeug bei seiner Bekämpfung. Dabei spielt der israelbezogene Antisemitismus eine herausragende Rolle. Wir begrüßen die IHRA Antisemitismusdefinition ausdrücklich und möchten sie an allen Universitätsstandorten etabliert sehen. In unseren Organisationen findet sie Anwendung und wird in Bildungsangeboten den Mitgliedern vermittelt. Jüdisches Leben auf dem Campus darf nicht gefährdet sein, jüdische Studierende müssen sich an allen Hochschulen sicher fühlen können.
4. Die Boykottkampagne gegen Israel, verbunden mit dem Label „BDS“, stellt einen besonders aggressiven Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus dar, für den es keinen Raum an deutschen Universitäten geben darf. Wer die akademische Freiheit anderer wegen ihrer Herkunft bzw. ihres Wohnortes nicht akzeptiert, kann sie für sich selbst nicht unbegrenzt einfordern. Für uns schließt sich jegliche Zusammenarbeit mit BDS, seinen Akteurinnen und Akteuren, ihren Unterstützerinnen und Unterstützern sowie mit deren Partnerinnen und Partnern grundsätzlich aus.
5. Mit Israel, der einzigen Demokratie des Nahen Ostens, verbinden uns nicht nur Werte, sondern auch gemeinsame Interessen. Kooperation und akademischer Austausch zwischen Deutschland und Israel müssen daher, wo immer möglich, nach Kräften gefördert und ausgebaut werden. Denn darin, in gemeinsamer Forschung und in studentischem wie akademischem Austausch zwischen diesen beiden Staaten, sehen wir auch die Möglichkeit einer gemeinsamen Auseinandersetzung und Lösungsfindung mit bzw. zu drängenden Herausforderungen wie etwa Klimawandel und Digitalisierung.
6. Die Erforschung des Antisemitismus, seiner Genese und seiner Wirkweise, sowie die Vermittlung entsprechender Erkenntnisse an Multiplikatoren und Entscheidungsträger sind für die erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus von höchster Wichtigkeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein und fordern von Universitäten und Politik, bundesweit und fächerübergreifend weitere Lehrstühle im Themenbereich Antisemitismusforschung zu etablieren. Der Themenbereich muss flächendeckend auch und insbesondere in den Studienordnungen der Politik- und Sozialwissenschaften, sowie den Lehramtsstudiengängen verankert werden.